

# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Auerer Tageblatt die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 33.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktionsdirektor: Dr. Robert Schönbauer. Druckerei: Auerer Druckerei. Preis: 10 Pfennige. Anzeigenpreis: 10 Pfennige. Abonnementspreis: 10 Pfennige. Postfach-Nr. 1000.

Telegramme: Auerer Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000.

Nr. 47

Freitag, den 25. Februar 1927

22. Jahrgang

### Französische Willkür.

Deutsche Gendarmen wegen Verhinderung eines Transportes von Fremden-Legionären verhaftet.

Berlin, 23. Febr. Die Verhaftung der Gendarmen in Linden und Steinfeld, die gestern durch französisches Militär erfolgte, ist der „Reiz“ zufolge auf folgende Vorgänge zurückzuführen, die sich am 15. Februar in Karlsruhe abspielten: Eine Gruppe von 17 jungen Leuten, die sich für die französische Fremden-Legion verpflichtet hatten und in Begleitung eines französischen Soldaten in Biberach am Neckar eintrafen, wurde von der deutschen Gendarmerei verhaftet und nach Karlsruhe gebracht, weil man unter diesen Leuten Verdacht auf Verbrechen vermutete. In Karlsruhe wurde man unter ihnen drei Verdächtige verfolgte Personen, darunter einen Schwerverbrecher. Der französische Soldat weigerte sich der deutschen Gendarmerei seinen Personalausweis zu zeigen, worauf diese ihn aus dem Auge schickte. Die Verhaftung der beiden Gendarmen erfolgte ebenfalls auf die Anzeige des Soldaten hin.

Berlin, 23. Febr. Über die tatsächlichen Vorgänge, die gestern in der Pfalz zur Verhaftung zweier Gendarmen durch die Franzosen führten, macht, wie den Blättern mitgeteilt wird, der Polizeikommissar zurzeit die nötigen Feststellungen. Fest steht, daß die Festnahme mit dem Vorgehen der betreffenden Gendarmen gegen die Werbung zur Fremdenlegion in Verbindung steht.

#### Havas dementiert.

Paris, 23. Febr. Havas veröffentlicht zu der Verhaftung der beiden deutschen Gendarmen folgende Nachricht aus Mainz, die, wie Havas angibt, aus autorisierter Quelle stammen soll: Gewisse Zeitungen der Gegend suchten als Grund für die Festnahme die Tatsache anzuführen, daß es den deutschen Behörden vor einigen Tagen gelungen sei, unweit der Grenze eine Anzahl junger Deutscher, die sich anschickten, in Frankreich den Sammelort der Fremdenlegion aufzusuchen, davon zurückzuführen. Diese Behauptung sei absolut unrichtig, denn die deutschen Behörden haben das Recht, den Grenzübergang zu kontrollieren. Die beiden Chefs der deutschen Gendarmen in Linden und Steinfeld seien wegen Vergehens gegen die Ordnungen der Interalliierten Rheinland-Kommission verhaftet worden. Sie hätten vor einiger Zeit ohne Grund ein Mitglied der Befehlshaberbehörde in Biberach, das im Besitz eines ordnungsmäßigen Passes war, festgenommen.

### Die Deutschnationalen haben gegen Frankreich keine feindlichen Empfindungen !!

Professor Hoersch über die Haltung der Deutschnationalen.

Paris, 23. Februar. Der Berliner Sonderberichterstatter des „Volk“ veröffentlicht heute die ihm gegenüber abgegebenen Erklärungen des Reichstagsabgeordneten Prof. Hoersch, worin dieser sagte: Die Deutschnationale Volkspartei ist für Annäherung aller europäischen Staaten.

Die Deutschnationalen haben keine feindlichen Empfindungen gegenüber Frankreich.

aber mit der Befreiung der Rheinlande können sie sich nicht abfinden. Die deutsch-französische Annäherung ist unerlässlich für die Stabilität in Europa. Die Deutschnationalen wollen entschlossen für die Entwaffnung eintreten unter der Bedingung, daß bei deutsche Entwaffnung der allgemeinen Entwaffnung vorangehe, und daß die Entwaffnung dem deutschen Volke nicht als eine Strafmaßnahme aufgezwungen werde. Der Vorschlag wie alle Abmachungen über die Regelung der Schulden zwischen den Staaten, die miteinander im Kriege standen, müssen realisiert werden. Diese Revision wird ebenso auf Annäherung des Balkanraumes wie auf die Lösung der Probleme Englands und Amerikas an Frankreich wegen seiner Kriegsschulden hinauslaufen. Welche Partei würde einen Vorkontrakt zwischen Deutschland und Polen nicht billigen.

#### Die Republik ist eine Tatsache.

Wir beschäftigen nicht, die Regierungsform durch einen Gewaltstreich zu ändern. Wenn das Volk dem Regime treu bleibt, dann können wir ihm nur folgen.

#### Zur Frage der französischen Truppen im Saargebiet.

Berlin, 23. Febr. Wie ein Berichterstatter in Genf berichtet, enthält der beim Völkerbundsekreteriat eingereichte Bericht der Regierungskommission des Saar-

gebietes über die Frage der französischen Truppenbesetzung, der in der Märztagung des Rates zur Verhandlung stehen wird, folgenden Kompromißvorschlag: Die französischen Truppen würden offiziell das Saar-

### Lohnkämpfe im ganzen Reich.

#### Um den Schlichtungsanspruch in der Schwerindustrie.

Berlin, 23. Februar. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat den Blättern zufolge den Schlichtungsanspruch für die Metallindustrie, nordwestliche Gruppe, die die Betriebe von Düsseldorf bis Damm umfaßt, angenommen. Die Gewerkschaften werden die Verbindlichkeitsklärung des von den Arbeitgebern abgelehnten Schlichtungsanspruches beantragen.

#### Rein Brauereiarbeiterstreik in Berlin.

Berlin, 23. Februar. In einer heute abgehaltenen Funktionärerversammlung der Brauereiarbeiter wurde das Verbot der Arbeitgeber, ab 1. Februar eine Lohnzulage von 2,50 Mark pro Woche zu bewilligen und ab 1. Juli bis 30. September eine weitere Zulage von 1 Mark, mit 156 gegen 104 Stimmen angenommen.

#### Der Tarifstreik in der Leipziger Metallindustrie.

Leipzig, 23. Februar. In der Bezirksversammlung der Metallarbeiter sprach sich ein großer Teil der Arbeitnehmern für Annahme des neuen Schlichtungsanspruches aus. Es wird damit gerechnet, daß auch in der Urabstimmung der weitaus größte Teil für Annahme des Schlichtungsanspruches stimmt, so daß am Freitag wahrscheinlich die Arbeit wieder aufgenommen werden wird.

#### Der Lohnstreik in der schlesischen Textilindustrie.

Breslau, 23. Februar. Die Verhandlungen zur Regelung der Lohnverhältnisse in der schlesischen Textilindustrie, die heute auf Veranlassung des Schlichters geführt wurden, verliefen infolge der Haltung der Arbeitnehmervertreter ergebnislos.

#### Bekämpfung der Differenzen in der württembergischen Holzindustrie.

Stuttgart, 23. Februar. Der Verband württembergischer Holzindustrieller und der württembergische Holzarbeiterverband haben sich vor dem Schlichtungsanspruch auf einen Vergleichsvorschlag über eine stufenweise Wiederherstellung der Löhne von Anfang 1928 geeinigt. Die Wiederaufnahme der Arbeit in den betroffenen Betrieben erfolgt morgen. Die beschlossenen Aussperungsmaßnahmen sind daher hinfällig geworden.

#### Schlichtungsanspruch im Bankgewerbe.

Berlin, 24. Februar. Unter Vorsitz von Regierungsrat Dr. Brahn ist, wie der Deutsche Bankbeamtenverein mitteilt, in der Nacht vom 23. zum 24. Februar nach mehr als 14-tägigen Verhandlungen ein Schlichtungsanspruch gefaßt worden, der den Mantelvertrag bis zum 1. März 1928 verlängert. Für die gleiche Zeit ist eine Gehaltssteigerung von 7 1/2 Prozent und für den 15. Dezember die Ausschüttung eines halben Monatslohneinkommens vorgesehen. Außerdem sollen Verbesserungen der Ueberstundenbezahlung und einige Änderungen der Urlaubbestimmungen zum Gunsten der Angestellten eintreten. Erklärungsfrist bis zum 8. März. Der Schlichtungsanspruch wurde von dem unparteiischen Vorsitzenden allein gefaßt, da sowohl die Vertreter der Arbeitgeber als auch die der Angestellten ihn ablehnten.

#### Der Gesetzentwurf über die Arbeitszeitverordnung dem Reichsrat vorgelegt.

Berlin, 23. Febr. Die Reichsregierung hat nunmehr den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Arbeitszeitverordnung (Arbeitszeitgesetz) dem Reichsrat vorgelegt. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat ist in Rücksicht auf den nur vorläufigen Charakter der Regelung und auf die große Notwendigkeit mit dem Gesetzentwurf nicht befaßt worden. Inhaltlich bringt der Gesetzentwurf eine Änderung der geltenden Arbeitszeitverordnung in denjenigen Punkten, die besonders zu Klagen über zu lange Arbeitszeiten Anlaß gegeben haben. In § 6 der Arbeitszeitverordnung wird vorgeschrieben, daß nach Wegfall eines Tarifvertrages die Behörde nach dreier Monate keine längere Arbeitszeit genehmigen kann als sie nach dem Tarifvertrag zulässig war. Ferner wird für höchstzulässig zugelassene Mehrarbeit von Arbeitern ein angemessener Lohnzuschlag vorgeschrieben, um auf diese Weise entgegenwirkender Mehrarbeit entgegenzuwirken. Eine Änderung des § 8 macht die Anwendung des Arbeitszeit-

gebiet verlassen, aber 800 Mann zur Sicherung des Durchgangsverkehrs der Truppen aus dem besetzten deutschen Gebiet im Saargebiet zur Verfügung einer zu schaffenden Eisenbahnkommission zurückbleiben. Diese 800 Mann würden jedoch als internationale Polizeitruppe organisiert und uniformiert werden. Außerdem könnte die Regierungskommission auf die in der Nähe des Gebietes stationierten französischen Truppen im Notfall zurückgreifen. Dieser Antrag ist mit der gegen eine Stimme von der Regierungskommission angenommen worden.

über zehn Stunden hinaus, die aus bringenden Gründen des Gemeinwohles ausnahmsweise zulässig ist, von einer behördlichen Genehmigung abhängig, während bisher dem Ermessen der Beteiligten nach dieser Richtung freier Spielraum gelassen war. Die wichtigste der in dem Entwurf vorgesehene Änderungen ist wohl die Aufhebung des § 11, Abs. 3 der Arbeitszeitverordnung, der eine an sich ungefähliche, aber von den Arbeitnehmern freiwillig geleistete Mehrarbeit unter gewissen Voraussetzungen für straflos erklärt. Diese Bestimmung hat die Durchführung der Arbeitszeitvorschriften ungünstig beeinflusst und ist unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr haltbar.

### Eine Kundgebung der deutschen Mittelschicht.

Berlin, 23. Febr. Bei einer vom Reichsausschuß der deutschen Mittelschicht veranstalteten Kundgebung der verschiedenen Mittelstandesgruppen, zu der sich zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden eingefunden hatten, betonte der Präsident der Handwerkskammer, Lubert, die ungeheure wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung des gewerblichen, landwirtschaftlichen und geistigen Mittelstandes beim Ausgleich der hart aufeinander wirkenden wirtschaftlichen Extrema. Für das Handwerk sprach der Vorsitzende des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, Felsch, Hannover, der auf die schwere Bedrohung des Handwerks hinwies und die unbedingte Notwendigkeit betonte, daß Reich, Länder und Gemeinden bei allen ihren Maßnahmen Artikel 164 der Reichsverfassung im Auge behalten, der dem gewerblichen Mittelstand besonderen Schutz verspricht. Der Vorsitzende des Reichshandwerksverbandes für Handel und Gewerbe, Uebald, Braunschweig, forderte eine gerechte Steuerpolitik, die den selbständigen Mittelstand vor Ueberlastung schütze. Prof. Dr. Stein-Berlin forderte als Umwandler des Deutschen Genossenschaftsverbandes den wirtschaftlichen Zusammenschluß zum Schutz und zur Wiedergewinnung wirtschaftlicher Selbständigkeit in der Genossenschaft. Für den Haus- und Grundbesitz sprach der Vorsitzende des Zentralverbandes, Stadtrat Humer-München, der betonte, daß 80 Prozent des deutschen Hausbesitzes dem Mittelstand angehört und daß die Wohnungsfrage vor allem eine Frage des Mittelstandes ist. Für das Schicksal der deutschen Volksgenossen sprach Dr. Everling-Mittelelbe, der die Zusammenarbeit zwischen den Volksgenossen und den Gewerbetreibenden, wenn sie auch schwierig sei, dringend befürwortete. Als Präsident des Reichslandbundes betonte Graf Radtke, das außerordentliche Interesse der Landwirtschaft vor lange, daß der Mittelstand sich in seinem Kampf um seine Unabhängigkeit durchsetze. Zum Schluss sprach noch Bürgermeister a. D. Ehrlich-Dresden.

#### Trestow klagt.

Berlin, 23. Februar. Der von den abgigen Grundbesitzern konstituierte Ausschussleiter Hasso von Trestow hat gegen den Hauptschriftleiter der „Deutschen Zeitung“, Major von Sodenstern, die Verleumdungsklage erhoben, weil das alte deutsche Blatt gegen Herrn von Trestow, der Komtur des Rangdeutschen Ordens ist, den Vorwurf des großen Vertrauensbruches erhoben hat. In dem Artikel wurde behauptet, daß Herr von Trestow seinen Ordensbrüder Mittelungen über die beabsichtigte Aufhebung von Geheiminformationen im Presse-Königsberg-Brandenburg habe ausgehen lassen. Bekanntlich hat Reichsanwalt Dr. Marx in seiner Reichstagsrede darauf verwiesen, daß der Vorwurf keine Ursache in einem Vertrauensbruch Trestows seine Ursache habe. Vor Gericht wird also erwiesen werden, ob diese Behauptungen richtig sind. Reichsinnenminister v. Kaubell wird als Zeuge zur Verhandlung geladen werden.







und Beamte; 21,0 Wertmeister und Aufsichtspersonal; am weitesten das Übergewicht haben also die kaufmännischen Angestellten usw. Dieses Verhältnis ändert sich nach den beiden Geschlechtern; beim weiblichen überwiegt die kaufmännische Angestellte, dagegen haben wir vorwiegend Männer als technische Angestellte, Wertmeister usw.

Die Zahl von 9,8 Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten in Sachsen unter hundert aller Angestellten und Beamten ist geringer als in manchen anderen deutschen Ländern, z. B. in Braunschweig 9,2; Kassel 9,3; Koblenz 9,8; Bremen 10,3; Thüringen 10,5; Oldenburg 10,6; Baden 10,9; Mecklenburg-Schwerin 11,1; Bayern 11,3; Mecklenburg-Strelitz 11,9. Die höchste Ziffer 8,6 wie Sachsen hat Hamburg.

Auf das Unterrichtsweien in Sachsen fallen 4,7 von je hundert aller Angestellten und Beamten in Sachsen. Eine niedrigere Ziffer haben Bremen 4,3; Hamburg 3,7. Die höchste Ziffer haben Oldenburg 8,0 und Mecklenburg-Strelitz 8,7.

Bei den Angestellten und Beamten des Eisenbahn steht der Ziffer Sachsens von 4,2 Angestellten und Beamten auf je hundert Angestellte und Beamten überhaupt als höchste die Ziffer 10,13 in Sachsen-Weimar als die niedrigste die Ziffer von 2,1 in Oldenburg gegenüber.

Bei der Post ist gegenüber der Ziffer von 5,1 für Sachsen die höchste 7,1 in Mecklenburg-Strelitz, die niedrigste 3,7 Angestellte und Beamte von hundert in Oldenburg.

### Der Geldwertvergleich bei bebauten Grundstücken.

Berlin, 23. Februar. Durch das Gesetz über den Geldewertvergleich bei bebauten Grundstücken vom 1. Juni 1926 war die gesetzliche Höhe bis zum 31. März 1927 auf 100 vom Hundert der Erbschaftsteuer beschränkt. Nach § 4 dieses Gesetzes hat die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichstages die Maßnahme der partiellen Wertaufhebung im Reichsgebiet beschlossen. In Anknüpfung dieser Maßnahmen hat das Reichsamt für die Reichssteuerverwaltung den Entwurf einer Verordnung entworfen, wonach die gesetzliche Höhe vom 1. April 1927 an von 100 auf 80 Prozent und vom 1. Oktober 1927 an weiter auf 70 vom Hundert erhöht wird. Die Verordnung geht sofort dem Reichsamt zu.

Eine öffentliche Stadtverordnetenversammlung findet Freitag, 26. Februar 1927, nach 6 Uhr im Stadtverordneten-Sitzungsraum statt. Tagesordnung: 1. Wahl zum Kreisrat. 2. Kenntnisnahme vom Fortschritte der Bauarbeiten der Stadterweiterung auf der Halleschen Straße. 3. Bericht der Stadtschulinspektion über die Entwicklung der 4. Klasse der Volksschule Hallesche Straße an der Volkshaus. 4. Entlassung von Schulkindern für die Oberstufe. 5. Entlassung eines Lehrlings auf dem Gebiet. 6. Berechnung der Aufwendungen bei Verwendung von Naturmaterialien und Kunstmaterialien zu Kulturveranstaltungen. 7. Wahlen der Sachverständigen Stadtverordnetenrat. 8. Bericht über die Tätigkeit der Stadtschulinspektion. 9. Bericht über die Tätigkeit der Stadtschulinspektion. 10. Bericht über die Tätigkeit der Stadtschulinspektion.

Die Arbeiter- und Bauervereinigung Aue und Umgebung hielt am Sonntag, den 19. Februar, im „Feldschützen“ im Eibenrod ihre 24. Generalversammlung ab. Die reichhaltige Tagesordnung fand glatte Ausführung. Der Dr. Koggenhoff als Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung des Bauwerks hielt einen Vortrag über die Auswirkungen der Bauwerke, der von den Anwesenden lebhaft aufgenommen wurde. Am 20. Februar fand eine öffentliche Sitzung des Ausschusses für die Teilnahme an der folgenden Sonntag eine gemeinsame Anweisung nach dem Wittenberg unternehmen.

#### Verfeigerung

Freitag, den 28. Februar 1927, findet im Victoria Hotel in Aue eine öffentliche Verfeigerung guter Gemälde und seltener Orient-Teppiche statt. — Da der Zuschlag zu jedem annahmefähigen Preis erfolgen soll, bleibt sich damit eine öffentliche Verfeigerung zum Erwerb von wirklich wertvollen Kunstgegenständen.

### Das hungernde Buch.

Von Max Jungnickel.

Diese Zeit, die nach innen drängen sollte, läßt die Geigen wider gehen. — Aber ihre Klänge haben nichts von Seligkeit und Glück: Es sind lauter Galgenlieder. —

Wer ist der barmherzige Samariter, der unsere verwehte und verteerte Seele lüftet und aufhebt und sie, warm unter seinem Mantel geborgen, nach Hause fährt. —

Das gute Buch regt es. Es verhungert. Es ist vom Land und vom Meere dieser Zeit verdrängt. Und doch liegen im guten Buch alle Quellen vergräbt, die für unsere Seele ein Hochzeitsmahl sind.

Die Bibel baut immer noch wie in längst vergangenen Zeiten die große, strahlende Pforte zum Himmel. Luthers Schriften rufen sich immer noch bürgerhaft, tapfer und trohig. Immer noch fliegen durch Kleists Werke die Adler. Immer noch laucht und raunt und zwitschert das deutsche Herz bei Mörike. Immer noch huscht die deutsche Seele mit zweigebirgigen Hauerlaternen durch die ewigen Wälder eines Raube. Immer noch bauen sich Frempaläste in den Sellen von Jean Paul. Ist der alte Claudius nicht wie ein großes, brennendes Feuerwerk und wie ein Glas Wasser und ein Weisheitsstein?

Das gute Buch ist das Angesicht einer Nation. Der Dichter ist keine Mauerwerk, mit der sich sein Volk schmückt und eitel dreht. Der Dichter hält mit leuchtenden Händen die Seele seines Volkes in die Sterne.

Das gute Buch ringt um sein Leben. Wir müssen es wieder groß machen. Wir müssen uns diese Wälder wieder mit schmückender Seele eringen.

Wenn wir um diese Wälder hungern, wenn wir lieber einmal auf ein warmes Mittagessen verzichten anstatt auf ein gutes Buch, dann steht es nicht schlecht um uns, dann sind wir noch lange nicht verloren.

Ja, wenn wir uns das gute Buch so erringen, mit Entbehrung und Hunger, dann wird es allen Reichtum mit göttlicher Verheißung in unsere Seele schütten, dann werden wir eines Tages so frohlich sein, daß die andern, die mit den wilden Götzen tanzen, verwundert stille stehen und uns bitten, daß wir ihnen das Geheimnis unseres Glückes verraten sollen.

Und wenn es ferner ist, dann wird ein großer Segen über Deutschland gehen.

(Aus „Welt und Leben“ 1926, Nr. 3.)

### Sodaun.

Generalversammlung der freiwilligen Feuerwehr. Am Sonntagvormittag hielt im Restaurant zum Waldschützen die freiwillige Feuerwehr ihre diesjährige Generalversammlung ab, die sehr hart besetzt war. Der Vorsitzende, Brandmeister Hermann Jungnickel, begrüßte die Anwesenden mit einem „Gut Morn“ und sprach über die Tätigkeit der Wehr. Der Kassier, Herr Friedrich, berichtete über den Jahresbericht 1926, aus dem folgendes zu entnehmen ist: Die Wehr zählt 62 aktive Mitglieder. Abgaben wurden zwölf Uebungen, an welchen 448 Mann teilnahmen, das ergibt einen Durchschnitt pro Uebung von 37 Mann; weiter sieben Versammlungen und fünf Kommando-Übungen. Die Hauptversammlung in Auerhammer, der Verbandstag in Zwickau, das 20jährige Stiftungsfest der Wehr in Hohenstein und das Stiftungsfest der Wehr in Sosa wurden besucht. Anlässlich seiner 25jährigen aktiven Dienstzeit wurde der Hauptmann der Wehr von seinen 62 Gemeindegliedern zum Brandmeister ernannt und mit einem Ehrenhelm bedacht. Emil Pöschel jun. erhielt für 25jährige aktive Dienstzeit das Ehrenzeichen und Paul Friedrich, Gustav Teumer und Walter Engel für 25jährige aktive Dienstzeit je ein Ehren-diplom. Der Kassier der Wehr, Elias Herrmann, gab einen sehr interessanten und ausführlichen Bericht. In diesem Jahre feiert die Wehr ihr 25jähriges Stiftungsfest, mit den Vorbereitungen soll nächstens begonnen werden. Die 25jährige Gemeindevorstanderversammlung findet Sonntag, den 2. März, abends 7 Uhr im Sitzungssaal des Gemeindefausts statt.

Barientheim. Einen neuen Autobuslinie. Die schon seit Jahren gewünschte Autobuslinie Lugau-Gräfenhain wird am 1. April vorläufig probeweise auf ein halbes Jahr eröffnet werden.

Gräfenhain. Flieger-Schule. Der Gräfenhainer Verein für Luftfahrt und Flugwesen e. V. trug sich seit einigen Monaten mit dem Plan, auf seinem Flugplatz an der Reichendacher Straße eine Flieger-Schule zu eröffnen, die zur Heranbildung von Jungfliegern und zur Umschulung von Kriegsfliegern dienen sollte. Der Plan hatte um so mehr Aussicht auf Erfolg, als es Gegend in dieser Frage überhaupt noch nicht die Initiative ergriffen hatte. Das höchste Gremium für die Gräfenhainer Pläne waren die städtischen Ausschüsse. Die genaue vorgezeichnete Flug- und Hallenanlagen und auch von den in Frage kommenden Schulplätzen ein solches Maß von Kenntnissen fordern, daß es den Gräfenhainern nur unter den allergrößten finanziellen Opfern möglich sein würde, ihren Gedanken zur Verwirklichung zu bringen.

Gräfenhain. Beschlüsse des Bezirksrates. Im Bezirkstag der Amtshauptmannschaft Gräfenhain wurde mit 21 von 40 Stimmen das sozialistische Mitglied Lehrer Johann Plank zum Vorsitzenden gewählt. Der bisherige Vorsitzende, Bürgermeister Kleinmeyer-Weiß, erhielt 19 Stimmen. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde der Geschäftsführer Schubert-Weiß (SPD.) zum Stellvertreter gewählt. Der neue Bezirkstag sprach sich sodann für Weiterführung der großen Lastrasse aus, die von Aue nach Gräfenhain führen soll und bisher nur bis Stein fertiggestellt ist. Mit Rücksicht auf die Erwerbslosigkeit will man jetzt die Straße Stein-Überholz bei Gräfenhain in Angriff nehmen. Der Amtshauptmann wurde beauftragt, bei der Regierung um Vereinfachung von Mitteln aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge und sonstige weisgebende Unterstützung einzukommen.

Gräfenhain. Ausschluß eines kommunistischen Stadtrats. Der kommunistische Stadtratsmitglied Herr Hofmann ist wegen Verletzung der Schweigepflicht auf einen Monat von den Sitzungen ausgeschlossen worden.

Gräfenhain. Kindesmord in Kleinenschenberg. In der Nacht vom Sonntag auf Montag schlich sich der Vater des unehelichen Kindes der Dora Helm in die Wohnung der Frau Helme, nahm das im Schlummer liegende dreijährige Kind aus dem Stubenwagen, verließ mit ihm das Haus und warf es in den unweit gelegenen Eschbacher Mühlgraben, wo es am Montag in der Mittagstunde als Leiche gefunden und gerichtlich besichtigt wurde. Ein auf dem Wege liegendes Dutzend und am Meer gefundene Hindeln deuteten auf die Spur des armenhulden Verbrechens. Der Täter ist der ledige, am 28. Aug. 1869 in Blumenau geborene Gerhard Max Ebnert, nach dem eifrig gefahndet wird.

Gräfenhain. Warnungstafeln für Autobesitzer. An der äußerst gefährlichen Kreuzung Staatsstraße nach Dresden-Hausstraße, einer Stelle, an welcher die Kraftfahrzeug-Zusammenstöße kein Ende nehmen wollen, sind jetzt beidseitig drei große Warnungstafeln angebracht worden. Die über die Straße gespannten weissen leuchtenden Schilder tragen die Aufschriften: „Vorsicht! Scharf rechts fahren!“ und „Vorsicht! Kurve weit rechts nehmen!“

### Amtliche Anzeigen.

Aue. Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Als Stellvertreter des Vorsitzenden des Gewerbe- und des Kaufmannsgerichts für die Amtsgerichtsbezirke Aue, Lößnitz und die Gemeinden Auerbach, Niederzschlitz und Hohenstein ist heute Herr Stadtrat Dr. jur. Max Friedrich Otto verpflichtet worden. Aue, 23. Februar 1927. Der Rat der Stadt.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Dr. Fritz Debus. Druck u. Verl. Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H., Aue.

Advertisement for Krügerol-Kaffeebonbons with images of product boxes.

Large advertisement for Bahnhofs-Wirtschaft Aue, featuring a dog and a goat, and mentioning a double pig slaughter and beer festival.

Advertisement for Gotthold Rehm and Gertrud Rehm, geb. Jänzer, located at Aue 1, Erzgeb., am 24. Februar 1927, Reichsstraße 22.

Advertisement for Freibaut Schlachthof Aue, offering a free stall and meat sale on Friday afternoon from 2 o'clock.

Advertisement for Möbel-Schmidt, offering furniture and a free stall.

Advertisement for Verloren, offering a free stall and lost items.

Large advertisement for Adolf Georg Teichmann, Magazinerwalter a. D., announcing the death of his father and providing details of the funeral.

